

TOP 6: Zweiter Bericht der Abteilungsleiterkonferenz Brexit Preparedness
- Staatskanzlei -

Beschluss:

Der Ministerrat nimmt den Bericht der Abteilungsleiterkonferenz (AL-K) Brexit Preparedness zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Das Vereinigte Königreich (VK) wird voraussichtlich am 29. März 2019 aus der EU austreten. Das britische Unterhaus hat am 15. Januar 2019 die Zustimmung zum zwischen der britischen Regierung und der EU ausgehandelten Austrittsabkommen verweigert, so dass ein ungeregelter, „harter Brexit“ wahrscheinlich ist. Die weiteren politischen Entwicklungen sind derzeit unvorhersehbar. Daher bereiten sich die EU und die Mitgliedstaaten weiter auf alle Szenarien vor, insbesondere auch auf einen harten Brexit. Die sich jeweils ergebenden Veränderungen betreffen sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen und Behörden.

Der Ministerrat hatte am 18. September 2018 beschlossen, zur landesregierungsinternen Vorbereitung auf mögliche Austrittsszenarien und Folgen des Brexit eine Abteilungsleiterkonferenz (AL-K) „Brexit Preparedness einzurichten. Die AL-K hatte am 20. November 2018 dem Kabinett erstmals Bericht erstattet. Es haben zwischenzeitlich weitere Sitzungen stattgefunden. Der nunmehr vorliegende zweite Bericht gibt den Sachstand des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs durch das Ministerium der Justiz sowie die bisherigen Analysen des Wirtschafts-, des Bildungs- und des Wissenschaftsressorts in Bezug auf Auswirkungen des Brexit für Rheinland-Pfalz wieder.